Fabio De Masi, MdB, Stellv. Fraktionsvorsitzender
Alexander Ulrich, MdB, Sprecher für Industriepolitik
Arbeitskreis III – Wirtschaft und Finanzen

DIE LINKE. IM BUNDESTAG

19. März 2019

10 Thesen für eine progressive Industriepolitik

1. **DIE LINKE begrüßt das neue Bekenntnis der Bundesregierung zur Industriepolitik.** Altmaiers „Nationale Industriestrategie 2030“ verdeutlicht, dass Eingriffe in Märkte notwendig sind. Professor Peter Bofinger, bis vor kurzem Mitglied des Sachverständigenrates, macht sogar einen „Paradigmenwechsel in der deutschen Wirtschaftspolitik“ aus. Auch wenn Altmaiers Strategie noch unzulänglich ist, und DIE LINKE im Detail zu anderen Schwerpunkten und Schlussfolgerungen gelangt (brauchen wir etwa einen neuen Banken-Champion, der *too big to fail* ist?), unterstützen wir die Debatte über eine neue Industriepolitik.
2. **Die Transformation der Industrie muss von der Politik aktiv begleitet werden.** Die Industrie in Deutschland steht aufgrund vielfältiger Herausforderungen unter einem enormen Anpassungsdruck. Herausforderungen wie die Digitalisierung, die Energiewende, der - möglicherweise disruptive - Umbau der Automobilindustrie und die Dekarbonisierung können nur gemeistert werden, wenn der Staat aktiv in den Prozess eingreift und industrie- und arbeitsmarktpolitisch flankiert. Nur dann können die Herausforderungen auch als Chance genutzt werden, hin zu einem sozial-ökologischen Wandel mit neuen guten und grünen Arbeitsplätzen und einer emissionsarmen Industrie.
3. **Den Standortwettbewerb mit den USA und China zu verschärfen ist keine Industriepolitik.** Industriepolitik sollte dazu dienen alte Industrien zu modernisieren und neue zu entdecken. Die Schaffung „Europäischer Champions“ ist kein Selbstzweck. Marktmacht muss begrenzt werden. Wo natürliche Monopole existieren müssen diese demokratisch kontrolliert werden. Wirtschaftsdemokratie ist ein wichtiges Element von Industriepolitik. Die Zentralisierung und Europäisierung bestimmter Industrien, wie etwa der Produktion von Fernverkehrszügen, kann aus umwelt- oder beschäftigungspolitischen Gründen sinnvoll sein. Eine „Finanzindustrie“ ist jedoch nicht sinnvoll und dezentrale kommunale Energieversorger sind sinnvoller als ein Kartell von Energiekonzernen.
4. **Einen angebotsorientierten Ansatz von Industriepolitik lehnt DIE LINKE ab.** Die Industriestrategie des BMWi benennt Kostenfaktoren für Unternehmen aus Umwelt- und Klimaschutzgründen sowie Sozialabgaben als problematisch. Hier bestehe „Handlungsbedarf“. Konkret sollen Steuern und Strompreise für Unternehmen gesenkt werden und die Sozialabgabenquote bei 40 Prozent gedeckelt werden. Die Absenkung von Sozial- und Umweltstandards durch die Hintertür ist mit der LINKEN nicht zu machen.
5. **DIE LINKE erkennt an, dass Produktion und Industrie einen erheblichen Anteil an Wohlstand und Wertschöpfung haben.** Positiv ist, dass die Bundesregierung erstmals Schlüsselindustrien benennt, die es zu fördern und zu schützen gilt, aber auch Bereiche nennt, in denen sie aktiv werden möchte. Die Schaffung eines Batteriezellen-Konsortiums und eines „KI-Airbus“, letzteres auch mit „staatlicher Beteiligung“, begrüßt DIE LINKE. Wir vermissen allerdings darüber hinaus, einen Fokus auf grüne Zukunftstechnologien und Basisinnovationen, wie bspw. Energiespeicher und die Recycling- und Kreislaufwirtschaft.

6. **Permanente Innovationen sind ein Kernfaktor von erfolgreicher Industriepolitik**. DIE LINKE teilt die Analyse des BMWi, dass global das Innovationstempo zunimmt und dass die Bundesrepublik in einigen Bereichen den Anschluss verloren hat. Außerdem führte das Festhalten an „schmutzigen Technologien“, wie das Beispiel der Autoindustrie zeigt, zu Versäumnissen, die schwer aufzuholen sind. Richtig ist aber auch, dass die schützende Hand der Politik über den Konzernen innovationshemmend gewirkt hat. Kapital ist bei deutschen Großunternehmen ausreichend vorhanden, aber der Wille zur Innovation hat gefehlt. Staatliche Förderung von Innovations-Clustern oder von Innovations-Ökosystemen begrüßen wir. Dafür ist auch eine Änderung des europäischen Beihilferechtes notwendig, um mehr öffentliches Engagement zu ermöglichen. Für Start-Ups und in Transformation investierende KMUs mit hohem Wagniskapitalbedarf müssen Risikofonds öffentlich gefördert werden. Wir brauchen eine aktive Kreditlenkung in Zukunftsbranchen – etwa über Förderbanken. Eine steuerliche Forschungsförderung lehnen wir jedoch als nicht zielführend ab. Für DIE LINKE ist Innovation mehr als nur technischer Fortschritt. Die Stärken des hiesigen Innovationsstandortes (lange Wertschöpfungsketten, gute und tarifliche Beschäftigung, Qualifizierung und Mitbestimmung) sollten gestärkt und ausgebaut werden.
7. **Industriepolitik muss Wertschöpfungsketten schließen und auf die Re-Regionalisierung der Wirtschaft orientieren.** Regionale Wertschöpfungsketten und ein von der Binnennachfrage getriebenes inklusives Wachstum sind Elemente einer progressiven Industriepolitik. Industriepolitik darf nicht zur Exportförderung verkommen. Handelsbilanzüberschüsse exportieren Arbeitslosigkeit, zerstören ausländische Volkswirtschaften und machen Deutschland extrem anfällig für Weltwirtschaftskrisen und Absatzeinbrüche im Ausland.
8. **Die Einführung einer staatlichen Beteiligungsfazilität und eine Öffnung des europäischen Wettbewerbs- und Beihilferechts für öffentliche Beteiligungen sollten umgehend vollzogen und mit ausreichend Mitteln ausgestattet werden.** Die Spielräume für eine aktive staatliche Industriepolitik sollten erweitert werden, um a) Betriebe vor dem Ausverkauf zu retten und um b) den sozial-ökologischen Wandel einzuleiten und zu lenken. Staatliche Beteiligungen dürfen aber nicht dazu führen, dass Unternehmen im Krisenfall großzügig subventioniert werden und die Gewinne anschließend wieder privatisiert werden. Wo öffentliche Gelder fließen, muss es auch zu öffentlichen Beteiligungen kommen. Auch Stiftungsmodelle und Mitarbeiterbeteiligungen sind denkbar. Mitnahmeeffekte bei Subventionen ohne Lenkungswirkung müssen auf jeden Fall vermieden werden. Dafür müssen staatliche Beihilfen regelmäßig bewertet werden.
9. **Öffentliche Beteiligungen müssen Kriterien der sozial-ökologischen Transformation erfüllen.** Der ökologische Umbau der Industrie kann nur gelingen wenn er die Beschäftigten nicht auf die Straße setzt, sondern einbezieht. Öffentliche Beteiligungen müssen demokratisch erarbeitet und kontrolliert werden, mit dem Ausbau betrieblicher Mitbestimmung verbunden sein, demokratische Unternehmensformen fördern, Weiterbildung und Qualifizierung garantieren und die Schaffung guter und grüner Arbeitsplätze zum Ziel haben. DIE LINKE fordert ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 120 Milliarden Euro. Dafür müssen jedoch die investitionshemmende Schuldenbremse und die schwarze Null überwunden werden.
10. **Industriepolitik muss sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientieren**. Die Wirtschaft soll den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Industriepolitik muss die schiefe Verteilung und Marktversagen korrigieren, die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt stellen und eine Perspektive zur Demokratisierung der Wirtschaft eröffnen. Dafür möchte DIE LINKE, gemeinsam mit Gewerkschaften, Wissenschaft, Umweltverbänden und Zivilgesellschaft, industriepolitische Konzepte entwickeln, die gute Arbeit und gutes Leben fördern.